

ERGEBNISNIEDERSCHRIFT NR. 13/2023

Öffentliche Sitzung des Haupt- und Personalausschusses der Stadt Lahr/Schwarzwald am Montag, 04.12.23 Rathaus 2, Großer Sitzungssaal

Dauer der Sitzung: 15:30 Uhr bis 17:05 Uhr

Teilnehmende:

Sitzungsleitung	Oberbürgermeister Ibert	
Freie Wähler:	Stadtrat Stadtrat Stadtrat	Roth Girstl Mauch
Bündnis 90/Die Grünen:	Stadtrat Stadtrat Stadträtin	Täubert Himmelsbach Nguyen
SPD:	Stadtrat Stadträtin Stadtrat	Hirsch Frei Kleinschmidt
CDU:	Stadträtin Stadtrat	Rompel Dörfler
AfD:	Stadtrat	Himmelsbach
FDP:	Stadtrat	Uffelmann
Linke Liste Lahr & Stadtrat für Tiere:	1. pers. Vertreter	Durke
entschuldigt fehlen:	Stadtrat	Oßwald
Protokollführung:	Herr	Dinger
Zuhörende:	5	

Diese Sitzung ist nach § 34 GemO ordnungsgemäß einberufen und geleitet. Sie wird vom Vorsitzenden eröffnet mit der Feststellung, dass der Haupt- und Personalausschuss beschlussfähig und die Tagesordnung ortsüblich bekannt gemacht ist.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

I. BERATUNGS- UND BESCHLUSSANGELEGENHEITEN

1. Vorberatung der Finanzplanung mit Investitionsprogramm für die Jahre 2023 bis 2027 (Kernhaushalt)

Der **Vorsitzende** begrüßt die Mitglieder des Haupt- und Personalausschusses zu den Haushaltsberatungen des Jahres 2024.

Der **Vorsitzende** führt ein, dass er den Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 am 20.11.2023 in den Gemeinderat eingebracht habe. Dabei habe er seine Haushaltsrede bewusst mit dem Titel „Heute - für morgen“ überschrieben. Man brauche in dieser schwierigen Situation eine gemeinschaftliche Anstrengung, die man mit dem vorliegenden Haushalt auch eindrücklich dargelegt habe. Es bedürfe, so der **Vorsitzende**, einer gemeinsamen Anstrengung der Stadtgesellschaft, des Gemeinderates aber auch der Verwaltung. Politik und Verwaltung dürfen nicht verzagen, vielmehr müssen sie beherzt vorangehen und Zeichen setzen, denn man müsse heute für morgen handeln.

Man dürfe dabei nicht einfach nur sparen, damit man weniger Geld ausbebe, so der **Vorsitzende**. Man müsse sparen, um eben die richtigen Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der Stadt Lahr leisten zu können. Dies beziehe sich eben nicht nur auf den Finanzhaushalt, sondern auch auf den Ergebnishaushalt.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die konjunkturellen Prognosen seien, so der **Vorsitzende**, alles andere als gut. Sie seien aber auch differenziert zu bewerten. Man rede überwiegend von Rezession und Abschwung, aber es gebe auch erste wirtschaftliche Stimmungsaufheller.

Wichtig sei ihm zu betonen, so der **Vorsitzende**, dass wenn man es schaffe, sich bei den erneuerbaren Energien im internationalen Vergleich gut aufzustellen, dann könne man der Gewinner der Klimawende sein. Man wisse aber auch, dass der Haushalt, wie bundesweit nahezu alle kommunalen Haushalte, ein strukturelles Problem habe, so der **Vorsitzende**. Den zu wenigen laufenden Einnahmen stünden zu viele laufende Ausgaben gegenüber. Mit anderen Worten, der Haushalt sei unterfinanziert oder überstrapaziert.

Dennoch, so der **Vorsitzende**, sei es gelungen, dass der Ergebnishaushalt 2024 mit einem Plus von 3,3 Millionen Euro vorlegt werden konnte und für das Jahr 2025 habe man einen Überschuss im Ergebnishaushalt von 1,2 Millionen ausweisen können. Es sei ihm aber bewusst, dass man bei der Prognose für das Jahr 2026 bei einem Minus von 5,3 Millionen Euro und bei der Prognose für das Jahr 2027 bei einem Minus von 8,8 Millionen Euro liegen würde.

Man habe sieben Schwerpunkte im Haushalt, so der **Vorsitzende**. Dies seien der Klimaschutz, hier wolle man bis zum Jahr 2040 mit einer klimaneutralen Kommune und bis zum Jahr 2035 mit einer klimaneutralen Verwaltung aufwarten können. Man habe als Schwerpunkt den Verkehrsentwicklungsplan, die Infrastruktur und den Mut zur Verkehrswende. Im Bereich Bildung habe man als Schwerpunkte die Investitionen in die Kindertagesstätten und im Bereich Wohnen habe man mit einer vorausschauenden Stadtentwicklung auch bezahlbaren Wohnraum.

Was das Klinikum anbelange, sei dies eine große Chance, die man beherzt und mit aller Zielstrebigkeit angehen wolle, damit man die Sicherstellung der medizinischen Versorgung in Lahr und dem Südbezirk des Ortenaukreises gewährleisten könne, so der **Vorsitzende**. Beim Schwerpunkt Wirtschaft gehe es darum, eine wirtschaftliche Stagnation zu verhindern. Der **Vorsitzende** betont, dass er zutiefst überzeugt sei, dass man in Lahr die besten Voraussetzungen habe um auch hier gut aufgestellt zu sein, damit man aus der Transformation eben nicht als Verlierer hervorgehe, sondern als Gewinner und dies im Interesse der Lahrer Unternehmen, der Bevölkerung und der Steuereinnahmen. Als weiteren Schwerpunkt, so der **Vorsitzende**, habe man die Innenstadt, die gleichfalls von der Transformation betroffen sei. Hier gebe es Zeichen in die Sanierung und in die Belebung der Innenstadt zu setzen. Es müsse also gemeinsames Ziel sein, den Leistungsumfang und die zur Verfügung stehenden Mittel wieder in Einklang zu bringen.

Zusammenfassend habe man, so der **Vorsitzende**, am 20.11.2023 einen genehmigungsfähigen Haushalt für das Jahr 2024 vorgelegt. Für das Planjahr 2024 und für das Finanzplanungsjahr 2025 seien im ordentlichen Ergebnis Überschüsse und für die Finanzplanungsjahre 2026 und 2027 seien Defizite ausgewiesen. In den vorgelegten Unterlagen für den Finanzhaushalt 2024 bis 2027 sei ein Gesamtinvestitionsvolumen von 54,6 Millionen Euro ausgewiesen. In diesem Zeitraum seien, so der **Vorsitzende**, Baumaßnahmen mit einem durchschnittlichen Investitionsbetrag von ca. 9,5 Millionen Euro pro Jahr ausgewiesen. Daneben seien für bauliche Maßnahmen bei den städtischen Schulen und Kindertagesstätten im vierjährigen Planungszeitraum Haushaltsmittel im Umfang von fast 29 Millionen Euro ausgewiesen. Dabei sei, so der **Vorsitzende**, die Schuldenbremse eingehalten.

Betreffend die Änderungsliste, so der **Vorsitzende**, habe man es mit Anpassungen bei den FAG-Zuweisungen im Kinder- und Krippenbereich, mit der Mittelumverteilung bei der Kindertagesstätte Schutterflöhe auf Grund des gemeinsamen Beschlusses vom 20.11.2023, der Anpassung der Verwaltungskostenbeiträge bei der Stiftung Hospital- und Armenfonds und um Mittelumschichtung beim Projektmanagement des Klinikums zu tun. Hierzu, so der **Vorsitzende**, möchte er noch zwei Hinweise geben.

Die Erschließungsmaßnahmen und deren Planung seien im Finanzhaushalt zentral über den Investitionsauftrag „Planung und Grunderwerb Klinikum“ mit einem Ansatz von pauschal 1 Million Euro für 2024 abgewickelt. Dadurch sei der zunächst vorgesehene Investitionsauftrag über 100.000 Euro im Tiefbaubereich entbehrlich. Diese Mittel werden in den Ergebnishaushalt umgeschichtet und haben insgesamt nur geringfügige Auswirkungen auf das bisher bekannte Zahlenwerk, so der **Vorsitzende**.

Sodann übergibt der **Vorsitzende** das Wort an Herr Stadtrat Girstl für die Fraktionsrunde.

Stadtrat **Girstl** merkt an, dass man heute über einen Haushalt beraten werde, der nicht viel Spielraum für den Gemeinderat lasse. Um es kurz auf den Nenner zu bringen, so Stadtrat **Girstl**, könne man, wenn man nur ein Euro hat, keine zwei Euro ausgeben. Seine Fraktion unterstütze daher auch die Zielrichtung der Verwaltung, sich im Jahr 2024 auf das Notwendigste zu beschränken. Natürlich hätte seine Fraktion gerne zusätzliche Maßnahmen umgesetzt bzw. angeschoben, aber die Finanzlage lasse dafür keinen Raum. Trotz des positiven

Ergebnisses für 2024 und auch für das Jahr 2025, steige die Schuldenlast im Kernhaushalt auf 39,9 Millionen Euro bis zum Jahr 2027. Eine noch höhere Verschuldung halte seine Fraktion für verantwortungslos. Deshalb müsse man nach den gegebenen finanziellen Möglichkeiten entscheiden. Die Kommunalaufsicht werde kritisch hierauf sehen. Zins- und Tilgungen müsse man erwirtschaften können, sonst ziehe man sich irgendwann den Stecker. Der Fall der Gemeinde Denzlingen sollte aufhorchen lassen, so Stadtrat **Girstl**.

Um eine solide Finanzpolitik zu gewährleisten, müsse in einem längeren Zeitraum geplant werden, so Stadtrat **Girstl**. Ein Blick auf die mittelfristige Finanzplanung zeige die großen Herausforderungen vor denen man stehe. Deshalb müsse der Prozess der Haushaltskonditionierung konsequent weitergeführt werden. Für die Jahre 2024 und 2025 bekomme man laut mittelfristiger Planung einen ausgeglichenen Haushalt hin. Gegebenenfalls, je nach Steueraufkommen, vielleicht sogar mit einer Verbesserung, so Stadtrat **Girstl**.

Genau dies müsse das Ziel der kommenden Jahre sein, man müsse auch wieder Rücklagen bilden können. Man müsse Rücklagen bilden, denn die großen Herausforderungen, die würden mittelfristig betrachtet in den Jahren 2026 und 2027 kommen. Deshalb, so Stadtrat **Girstl**, komme man auch nicht darum herum, die Haushaltspläne zu durchforsten, wobei jedoch zuerst die Ausgaben im Fokus stehen müssten. Die Anpassungen bzw. die Anhebungen von Gebühren, Steuern und Bezüge, dies alles müsse mit Augenmaß geschehen. Im Wahljahr 2024 seien dies, so Stadtrat **Girstl**, mit Sicherheit keine populären Maßnahmen. Die teilweise hohen Standards müssten ebenso wie die Frage der Nutzung von vorhandenen Gebäuderessourcen auf den Prüfstand. Deshalb habe seine Fraktion auch der Bildung einer Baukommission vor einem Jahr zugestimmt. Schauen man nach vorne, dann betrachte man mit Sorge die stark gestiegenen Personalkosten, welche im Ergebnishaushalt die Folgejahre im hohen Maß belasten würden. Deshalb unterstütze man auch den Oberbürgermeister in seinem Bemühen, den Wirtschaftsstandort Lahr und die Region weiter zu entwickeln um die erforderlichen Einnahmen zur Finanzierung der Investitionen generieren zu können. Nur so können die bekannten und anstehenden Investitionen in Verkehr, Wohnungsbau, Klimaschutz, Schulen, Kindergärten, bei der Kultur, im Sport, bei den sozialen Einrichtungen und insbesondere dem Ehrenamt in den Vereinen garantiert werden. Dazu zähle für seine Fraktion, so Stadtrat **Girstl**, auch der Klinikneubau in Langenwinkel, eine vernünftige und wichtige Investition in die Zukunft unter Berücksichtigung der Verkehrsanbindung und der Fläche sowie die Errichtung eines Innovations- und Gründerzentrums. Hierbei denke seine Fraktion insbesondere an das Flughafenareal, da man dort sehr viel Potenzial für die Zukunft habe.

Stadtrat **Girstl** weist darauf hin, dass man eine bessere und planbarere Haushaltsentwicklung hinbekommen müsse. Dies schaffe man nur, davon sei seine Fraktion überzeugt, durch eine Ausweitung der Budgetierung und einen Doppelhaushalt. In vielen Städten und Gemeinden werde dies bereits erfolgreich praktiziert. Lasse man nunmehr der Verwaltung die Zeit das umzusetzen, was man beschlossen habe. In den letzten Jahren habe die Verwaltung erst im Sommer damit anfangen können, das umzusetzen, was der Gemeinderat im Dezember des Vorjahres beschlossen habe, so Stadtrat **Girstl**.

Eine Forderung, so Stadtrat **Girstl**, habe er an die Bundes- und an die Landespolitik. Nicht mit Subventionen, sondern mit Investitionen solle insbesondere die Bauwirtschaft unterstützt werden. Die Wohnraumnot unterstreiche

diese Forderung nachhaltig. Dazu gehöre auch der Abbau von bürokratischen Hürden, also weniger Regulierung.

Der Haushalt, so Stadtrat **Girstl**, sei genehmigungsfähig. Seine Fraktion werde daher in der heutigen Sitzung keine eigenen Anträge mehr stellen.

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an Herr Stadtrat Frank Himmelsbach.

Stadtrat **Himmelsbach** nimmt vorweg, dass auch seine Fraktion ohne weitere eigene Anträge in die Beratungen zum Haushaltsentwurf gehe.

Im vergangenen Jahr habe man dies nicht getan, so Stadtrat **Himmelsbach**, und sei mit der Ablehnung der mittelfristigen Finanzplanung in die Öffentlichkeit gegangen. Dies sei notwendig gewesen und es sei auch richtig gewesen. Es sei notwendig gewesen, weil sich die Zeiten unweigerlich ändern würden. Die Erwartungen an Staat, Land und vor allen Dingen an die Kommunen, würden ständig wachsen. Auf der Gegenseite würden die Erträge für diese gestiegenen Anforderungen einfach nicht mehr reichen, so Stadtrat **Himmelsbach**. Seine Fraktion sei daher der Meinung, dass sich dies aufgrund der globalen Rahmenbedingungen auch nicht mehr so schnell ändern werde. Die fetten Jahre seien definitiv vorbei. Ziel seiner Fraktion mit der Aktion letzten Jahres sei gewesen, so Stadtrat **Himmelsbach**, zunächst Einigkeit über dieses Ungleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben zu bekommen um dann gemeinsam und geschlossen etwas daran ändern zu können. Leider sei diese Erkenntnis noch nicht bei allen nachhaltig angekommen. Man sei gespannt, welche zusätzlichen Anträge zum Haushalt heute noch gestellt werden, ohne dass diese mit konkreten Vorschlägen, oder vielmehr der Bereitschaft zu weitgehenden Einsparungen, gedeckt werden. Aktuell gebe es nur eine Möglichkeit irgendetwas in den Haushalt einzubringen, nämlich wenn man es an einer anderen Stelle wieder rausnehme, so Stadtrat **Himmelsbach**.

In den vergangenen Monaten habe man viel erreicht und dies stimme sehr positiv für die Zukunft, so Stadtrat **Himmelsbach**. Für begründete Reformen gebe es Mehrheiten im Gemeinderat, wie auch bei der Verwaltung. Die Inhalte der Lenkungsgruppe Haushalt und der Baukommission seien in den letzten Monaten präziser geworden. Man spreche offener sowohl über notwendige Ertragssteigerungen wie auch über Einsparungen. Dennoch stelle sich für seine Fraktion die Frage, warum angesichts einer Haushaltssumme von über 160 Millionen Euro und über 14 Millionen Euro reiner Investitionstätigkeiten in 2024, die finanzpolitische Sprecherin der SPD in der Presse von einem kaputtsparen spreche. Vor einem liege, so Stadtrat **Himmelsbach**, ein Haushalt mit einem positiven Saldo im Ergebnishaushalt. Man habe diesen gemeinsam in den letzten Monaten erarbeitet, weshalb es heute aus Sicht seiner Fraktion keinen Grund gebe, wesentliche Dinge daran zu ändern. Das positive Ergebnis ermögliche es, die Handlungsfähigkeit zu erhalten. Nicht mehr und nicht weniger, da zum Jahresende alle Reserven aus den letzten Jahren aufgebraucht worden seien und die Ergebnisse ab 2026 weiter alarmierend aussehen würden. Trotz aller Wünsche gebe es keine Luft mehr, weder nach oben aber auch nicht nach unten. Man solle aber auch nicht vergessen, dass dieses Ergebnis hauptsächlich durch Verschiebungen von Investitionen und durch pauschale Einsparungen erreicht werde. Im Haushalt 2024 befänden sich 890.000 Euro globaler Minderaufwand und dazu noch ein 10%iger pauschaler Abschlag auf die Kostenstellen, so Stadtrat **Himmelsbach**. In Zeiten von Inflation und Kostensteigerungen sei dies für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwal-

tung ein absoluter Kraftakt und wäre deshalb aus Sicht seiner Fraktion nicht die erste Wahl gewesen. Ab 2025 beinhalte der Ergebnishaushalt weiter einen Konsolidierungsbeitrag von 1 Million Euro, den man tatsächlich aktuell noch gar nicht konkretisiert habe.

Im Finanzhaushalt, so Stadtrat **Himmelsbach**, seien für das kommende Jahr 1 Million Euro an Einsparungen bei den Baumaßnahmen vorgesehen. Eine Mammutaufgabe für die beteiligten Abteilungen, begleitet und unterstützt von der Baukommission. Für die anstehenden Beratungen wünsche seine Fraktion darum heute Realismus und man solle sich auch im Hinblick auf die Kommunalwahl im nächsten Jahr der Verantwortung bewusst sein und sich nicht zu populistischen Handlungen hinreißen lassen.

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an Frau Stadträtin Frei.

Stadträtin **Frei** bedankt sich bei der Stadtkämmerei für das umfangreiche Zahlenwerk und insbesondere für die Unterstützung dieses zu verstehen. Eine kleine Kritik möchte Stadträtin **Frei** an die Stadtkämmerei hinsichtlich der Fortschreibung des Roten Bereichs der Anlage A richten. Dort werden wahrscheinlich die Zahlen technisch einfach ins kommende Jahr übertragen, was einfach auch Probleme mit sich bringen würde. Einerseits, was passiere mit Positionen, welche vermeintlich im Jahr 2024 zur Auszahlung stehen? Werden diese dann im Jahr 2025 rausfallen, fragt sich Stadträtin **Frei**. Andererseits, so Stadträtin **Frei**, sei verwirrend, wenn im Auszahlungsbereich Positionen stehen, die aber doch gar nicht kommen würden. Vielleicht wäre da eine Liste ohne Jahreszahlen einfach sinnhafter.

Die verordneten pauschalen Haushaltskürzungen, die ihre Fraktion sehr kritisch sehe, gefährde die Stadtentwicklung, davon sei die SPD-Fraktion überzeugt und zweifle daher die Wirkung erheblich an. Kurzfristig führe eine pauschale Haushaltskürzung zu vermeintlichen Erfolgen, so Stadträtin **Frei**, aber man könne nur hoffen, dass dabei gerade im sozialen Bereich nicht die Qualität oder gar die Quantität leide. Wie solle beispielsweise die Volkshochschule dieses Defizit kompensieren, fragt sich Stadträtin **Frei**. 10%, dies seien umgerechnet 1,2 Monate, stellt sie fest. Solle vielleicht die Abendschule das Schuljahr kürzen um weiter im Budget zu bleiben? Solle der Schlachthof einfach einen langen Winterschlaf halten? Verlängert die Schule die Ferien? All dies fragt sich Stadträtin **Frei**. Lösungen sehen man hier nicht viele, vielmehr die Tendenz, dass sich die Mittelanmeldung der kommenden Jahre drastisch erhöhen werden. Wie die Einsparungen 2024 bei sowieso schon knappem Budget erfolgen sollen, dies stehe für ihre Fraktion in den Sternen.

Stadträtin **Frei** macht schon jetzt deutlich, dass ihre Fraktion Kostenerhöhungen auf den Schultern der Eltern nicht mittragen werde. Ein besonders wichtiges Handlungsfeld der Stadt Lahr für die kommenden Jahre sei die soziale Infrastruktur und hier liege ihre Priorität. Deshalb freue es ihre Fraktion, dass die Modernisierung der Friedrichschule endlich Fahrt aufnehme. Darauf arbeite man schon einige Jahre hin. In diesem Zusammenhang werde ihre Fraktion nachher auch einen Antrag stellen um den im ersten Obergeschoss befindlichen Flur der Schule endlich mit Schallschutzmaßnahmen zu versorgen. Ein großes Thema sei für ihre Fraktion, so Stadträtin **Frei**, die Schulsituation in der Lahrer Oststadt. Hier werde man eine Umbenennung der Position Schule/Kita Reichenbach/Kuhbach im Finanzhaushalt beantragen, um der dramatischen Gesamtsituation in der gesamten Oststadt im Bereich Kinder-tages-

stätten und Schulen Rechnung zu tragen. Ihre Fraktion bleibe bei der Forderung einer Ganztagesesschule in diesem Gebiet, nicht nur weil man sich seiner Verantwortung gerecht werden müsse, den Anspruch auf Schulkindbetreuung ab 2026 zu gewährleisten, sondern auch um den Ergebnishaushalt zu entlasten. Die Kosten einer Ganztagesesschule würden den Ergebnishaushalt im Gegensatz zu einer kommunalen Schulbetreuung erheblich weniger belasten. Auch die Personalkosten würden beim Land anfallen. Die eingestellte Planungsrate für die Kindertagesstätte und für die Schulentwicklung im Lahrer Osten sei richtig und wichtig, aber eben nicht nur für Kuhbach und Reichenbach, sondern auch mit Blick auf die Geroldseckerschule und die Eichrodtschule.

Den Zustand der Lahrer Straßen bemängle die SPD-Fraktion seit langem, so Stadträtin **Frei**. Dazu fehle aber leider noch immer eine Gesamtübersicht hinsichtlich der Einschätzungen des Tiefbauamtes um eine Priorisierung vornehmen zu können. Diese fordere ihre Fraktion mit Nachdruck ein. Nach Einschätzung ihrer Fraktion müsse die Dinglinger Hauptstraße bei einer solchen Auflistung weit vorne stehen und auch dafür bedürfe es Geld welches aktuell nicht im Haushalt stehe.

Man stelle aber nicht nur Forderungen, so Stadträtin **Frei**, man werde auch zwei Anträge einbringen, die den Haushalt entlasten werden und dabei sollte der Gemeinderat mit gutem Beispiel vorangehen. Die für 2024 vorgesehene Gemeinderatsklausur, für welche aktuell 70.000 Euro vorgesehen seien, passe ebenso wie die Jahresklausur der Führungskräfte, die mit 20.000 Euro veranschlagt sei, nicht zu dem sonst gern propagierten Sparen. Bei beiden Positionen würden unter anderem erhebliche Kosten durch Hotelunterbringungen entstehen. Die SPD-Fraktion werde daher beantragen, die Veranstaltungen vor Ort durchzuführen um somit ein Zeichen zu setzen, aber auch insgesamt die Kosten deutlich zu reduzieren. In Euro werde man an gegebener Stelle der Haushaltsberatung die Halbierung der jeweiligen Beträge fordern.

Gleichzeitig würden diese Einsparungen die Kostendeckung für die bereits angesprochene Schallschutzmaßnahme in der Friedrichschule bieten.

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an Herr Stadtrat Dörfler.

Stadtrat **Dörfler** nimmt vorweg, dass man heute dem vorgelegten Haushaltsplan 2024 und auch der mittelfristigen Finanzplanung zustimmen werde, weil man der Auffassung sei, dass der Haushaltsplan genehmigungsfähig sei und auch dem gerecht werde, was man für die nächsten Jahre an Mittel habe.

Letztendlich, so Stadtrat **Dörfler**, sei man sich einig, dass das was man möglicherweise sparen wolle, einem im der nächsten Jahre wieder einhole, möglicherweise zu einem Zeitpunkt, in dem es einem noch schlechter gehe.

Zu dem Thema Verschiebung führt Stadtrat **Dörfler** aus, dass man letztes Jahr die mittelfristige Finanzplanung abgelehnt habe, da sie am Ende des Finanzplanungszeitraumes einen Schuldenstand von 50 Millionen Euro ausgewiesen habe. Seine Fraktion habe hier gesagt, dass man auf 40 Millionen Euro runterkommen müsse und dies habe man auch erreicht. Er glaube, dass wenn man es tatsächlich so wie in den letzten Wochen halte, dass man dann auch wirklich zu guten Ergebnissen kommen könne und dass dann vielleicht etwas Besseres herauskomme als das, was jetzt im Haushaltsplan stehe.

Beim Thema Klimaschutz sei immer das Anliegen seiner Fraktion gewesen, so Stadtrat **Dörfler**, alles vor dem Hintergrund des Kosten- und Nutzenfaktors zu sehen. Als Beispiel benennt Stadtrat **Dörfler** die Elektrofahrräder, von denen noch mehr in der Gegend herumstehen würden und die kein Mensch benutzen würde. Dabei seien die eingesetzten Mittel nicht unbedingt zwingend für die Qualität zuständig, so Stadtrat **Dörfler**.

Zu dem Thema Gemeinderatsklausur sei er der Ansicht, dass man es auch übertreiben könne und er habe daher die Bitte an die Verwaltung dies nochmals zu überdenken.

Abschließend möchte sich Stadtrat **Dörfler** bei der Stadtkämmerei für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an Stadtrat Uffelmann.

Stadtrat **Uffelmann** merkt an, dass er sich dem anschließen könne, dass man den vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2024 mittragen könne. Seine Fraktion habe auch keine Zusatzanforderungen an den Haushalt. Ursprünglich habe er eigentlich vorgehabt die Friedhofstraße, die ein wirklicher Schandfleck sei, aufzurufen. In einem Gespräch mit der Stadtkämmerei konnte er jedoch vorweg klären, dass man diese Straße jetzt im Jahr 2024 im Budget der Abt. Tiefbau unterbringen könne.

Zum Haushalt 2024 merkt Stadtrat **Uffelmann** an, dass es erfreulich sei, dass man im Jahr 2024 und auch im Jahr 2025 noch mit einem positiven Gesamtergebnis rechnen könne und daher die aktuelle Schuldenbremse, die seine Fraktion nach wie vor für erforderlich halte, eingehalten werden könne.

Nach den gesetzlichen Vorgaben, müsse man den Haushalt ins Gleichgewicht bekommen. Dies bedeute, so Stadtrat **Uffelmann**, dass die Einnahmen und Ausgaben sich die Waage halten müssen. Man müsse eigentlich zumindest eine schwarze Null schreiben, was so nicht gelungen sei, wenn man sich die weiteren Jahre 2026 und 2027 ansehe. Dies mache auch deutlich, dass der Ergebnishaushalt schwächle. Bei dieser Ausgangssituation dem Schulden machen das Wort zu reden, sei aus Sicht seiner Fraktion nicht verantwortbar.

Man müsse also sehen, so Stadtrat **Uffelmann**, wie man den Ergebnishaushalt ihn Einklang auf der Einnahmen- und Ausgabenseite bringen könne. Da spiele nämlich beim Regierungspräsidium die Musik, welches den Ergebnishaushalt betrachten würde.

Man werde deshalb, so Stadtrat **Uffelmann**, gezwungen sein die Ausgaben genau unter die Lupe zu nehmen und die Einnahmen zu steigern. Da komme man nicht drumherum, auch wenn dies dann mit eventuellen Gebührenerhöhungen verbunden sei. Bei den Einnahmen sei für seine Fraktion dann entscheidend, dass die Weiterentwicklung des Flugplatzareals vorangetrieben werde um die bereits dort befindlichen Betriebe nachhaltig zu unterstützen.

Bezogen auf die Ausgabenseite sei die Erledigung der Pflichtaufgaben, die bereits angesprochenen Schulen und Kindertagesstätten, eine Selbstverständlichkeit. Zuerst seien diese Aufgaben zu erledigen, bevor man dann Aufgaben im freiwilligen Bereich annehme.

Für seine Fraktion seien die Zahlen betreffend das Personal und die Versorgungsaufwendungen beunruhigend, die im Jahr 2021 rund 39 Millionen Euro betragen hätten und im Jahr 2024 dann auf rund 49 Millionen steigen würden, so Stadtrat **Uffelmann**.

Bei den Bauausgaben unterliege man, so Stadtrat **Uffelmann**, den Zwangsläufigkeiten des Marktes. Einfluss behalte man aber bei der Gestaltung. Hier müsse es nicht immer die teuerste Lösung sein.

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an Herr Stadtrat Durke.

Stadtrat **Durke** weist darauf hin, dass man die hauptsächliche Haushaltsrede wieder im Gemeinderat halten werde. Ein paar Worte möchte er dennoch heute sagen. Seine Fraktion werde sich heute bei der Abstimmung enthalten.

Aus Sicht von Stadtrat **Durke** können die Einnahmen nicht ins Unermessliche gesteigert werden. Dies bedeute, dass man mehr sparen und günstiger einkaufen müsse, vor allem aber müsse man kostengünstiger und effizienter planen. Neue Projekte sollten dabei vermieden oder zumindest aufgeschoben werden, bis man das Größte im Haushalt wieder gerichtet habe. Dies könne einige Jahre Zeit in Anspruch nehmen. Man müsse die Ansprüche an die Situation anpassen und Projekte bescheidener planen. Dies, so Stadtrat **Durke**, müsse aber nicht immer „Verzicht“ heißen. Es könne auch einfach „effizienter“ heißen, es könne „nachhaltiger“ heißen oder manchmal auch einfach „anders“ heißen. Festmachen möchtest dies Stadtrat **Durke** an der Kita-Planung. Man könne nicht weiter Kindertagesstätten für mehrere Millionen Euro planen, weil man einerseits den Bedarf nicht gedeckt bekomme und auf der anderen Seite das Geld nicht habe. Dies bedeute, dass man kleinere Kindertagesstätten bauen müsse, z.B. Natur-Kitas, Garten-Kitas oder Wald-Kitas um dem großen Bedarf erst einmal entgegenzukommen. Die großen Prestige-Kitas solle man auf eine Zeit verschieben, bei der man sich diese wieder leisten könne, so Stadtrat **Durke**.

Insgesamt sollte man eine Vorbildfunktion für die Bürger darstellen, bei denen bei vielen auch das Problem des Geldmangels da sei. Trotzdem habe man notwendige Punkte, wie eben den Klimawandel und soziale Themen, die fokussiert werden müssen. Auch hier müssen Gelder zur Verfügung gestellt werden. Hier gehöre auch immer der Tierschutz mit dazu, so Stadtrat **Durke**, da auch die Tiere durch die Lebensweise und Lebensführung der Menschen zu leiden haben.

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an Herr Stadtrat Manfred Himmelsbach.

Stadtrat **Himmelsbach** weist darauf hin, dass er dem Haushalt nicht zustimmen könne und zwar alleine aus dem Grund, dass er dem Zahlenwerk nicht traue. Er könne sich nur über die Gutgläubigkeit seiner Vorredner wundern. Der Vorbericht spreche ja schon für eine ganze Menge an buchhalterischen Problemen. Hauptproblem sei, so Stadtrat **Himmelsbach**, dass man immer noch keine Eröffnungsbilanz für das Jahr 2020 erstellen könne. Dies bedeute, dass man noch gar nicht wisse, wie die Ergebnisse der darauffolgenden Jahre aussehen würden. Für das Jahr 2022 sei ein bereinigtes Ergebnis von rund 9 Millionen Euro ausgewiesen, welches dann angeblich zur Reduzierung der Ergebnisrücklage führe. Er frage sich, so Stadtrat **Himmelsbach**, wann da welche Ergebnisse und Rücklagen angefallen seien? Soweit er sich erinnern

könne, seien seit dem Jahr 2020 immer nur, zumindest in der Planung, Fehlbeträge ausgewiesen worden. Er fragt sich, wie dabei dann Rücklagen gebildet werden konnten? Auch seien die Zahlen der Vergangenheit immer wieder geändert worden. So seien zum Beispiel im Jahr 2020 angeblich nur 128 Millionen Euro an Aufwendungen angefallen, ursprünglich hätten hier mehr Aufwendungen gestanden. Oder im darauffolgenden Jahr sollten es 144 Millionen Euro sein, ursprünglich seien hier 142 Millionen Euro gestanden. Man habe keine Informationen erhalten, weshalb es zu dieser wundersamen Aufwandsreduzierung gekommen sei.

Dann wundere er sich auch darüber, so Stadtrat **Himmelsbach**, dass man darauf verweist, dass die Schuldenbremse für den Kernhaushalt eingehalten sei. Es sei aber entscheidend, wie viele Schulden vom Kernhaushalt in einen Schattenhaushalt verschoben worden seien, damit man sich leichter tue, die angebliche Obergrenze einzuhalten. Die eigentliche Zahl, auf die man sich konzentrieren müsse, seien die konsolidierten Gesamtschulden, die immerhin 95 Millionen Euro betragen würden. Was hier noch nicht dabei sei, seien die Eventualverbindlichkeiten, sprich die Rückstellungen. Auch habe niemand informiert, welche Verpflichtungen noch aus dem Erwerb der Grundstücke auf dem Flugplatz bestehen würden, so Stadtrat **Himmelsbach**.

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an Herr Stadtkämmerer Wurth.

Stadtkämmerer **Wurth** weist auf die Änderungsliste hin. Diese habe zusammengefasst vier Themenbereiche, welche auch sehr ausführlich mit den Einzelbeträgen dargelegt seien. Diese erläutere Stadtkämmerer **Wurth** kurz.

Vorschlag seitens der Verwaltung sei, so Stadtkämmerer **Wurth**, analog der Vorjahre vorzugehen, so dass der Haushalt nach Fraktionen durchgegangen werde und entsprechende Wünsche vorgetragen, Fragen und Anträge gestellt werden.

Da in den Haushaltsreden der anderen Fraktionen keine Änderungsanträge geäußert worden seien, übergibt der **Vorsitzende** das Wort an die SPD-Fraktion.

Frau Stadträtin **Frei** und Stadtrat **Kleinschmidt** tragen ihre Änderungsanträge vor.

Nach Klärung von Fragen aus dem Gremium, lässt der **Vorsitzende** über die Änderungsanträge abstimmen.

Zuerst lässt der **Vorsitzende** über den Antrag von Stadtrat Kleinschmidt abstimmen, für die Ausleuchtung des Fahrradweges zwischen Kuhbach und Seelbach weitere 40.000 Euro einzustellen und die Fördermöglichkeiten zu prüfen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimme(n)
2 Nein-Stimme(n)
2 Enthaltung(en)

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass der Antrag von Stadtrat Kleinschmidt angenommen worden sei.

Nach weiterer Diskussion über den Antrag von Stadträtin Frei lässt der **Vorsitzende** über diesen Antrag abstimmen, für die Schallschutzsanierung im Obergeschoss der Friedrichschule 53.000 Euro einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimme(n)
10 Nein-Stimme(n)
1 Enthaltung(en)

Nach ausführlicher Diskussion lässt der **Vorsitzende** über die Anträge von Stadträtin Frei getrennt abstimmen, für die Gemeinderatsklausur den Ansatz von 70.000 Euro auf 35.000 Euro und den Ansatz für die Jahresklausur der Führungskräfte von 20.000 Euro auf 10.000 Euro zu kürzen.

Sodann wird über den Antrag, den Ansatz für die Gemeinderatsklausur von 70.000 Euro auf 35.000 Euro zu kürzen abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimme(n)
10 Nein-Stimme(n)
0 Enthaltung(en)

Damit ist der Antrag von Frau Stadträtin Frei abgelehnt.

Danach lässt der **Vorsitzende** über den Antrag, den Ansatz für die Jahresklausur der Führungskräfte von 20.000 Euro auf 10.000 Euro zu kürzen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimme(n)
10 Nein-Stimme(n)
0 Enthaltung(en)

Damit ist der Antrag von Frau Stadträtin Frei abgelehnt.

Betreffend den Finanzhaushalt beantragt Frau Stadträtin **Frei**, dass man auf der Seite 259 des Haushaltsplanes den Titel „Schule/Kita Reichenbach/Kuhbach“ auf „Kita/Schulen in der Lahrer Oststadt“ anpasse.

Über den Antrag von Stadträtin Frei lässt der **Vorsitzende** abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

4 Ja-Stimme(n)
10 Nein-Stimme(n)
1 Enthaltung(en)

Damit ist der Antrag von Frau Stadträtin Frei abgelehnt.

Danach lässt der **Vorsitzende** über die Finanzplanung mit Investitionsprogramm für die Jahre 2023 bis 2027 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Ja-Stimme(n)
- 1 Nein-Stimme(n)
- 1 Enthaltung(en)

2. Vorberatung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2024
 - a) Ergebnishaushalt
 - b) Finanzhaushalt

Danach lässt der **Vorsitzende** über den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Ja-Stimme(n)
- 1 Nein-Stimme(n)
- 1 Enthaltung(en)

3. Vorberatung der Wirtschaftspläne 2024
 - a) Eigenbetrieb Abwasserbereitung Lahr
 - b) Eigenbetrieb Bau- und Gartenbetrieb Lahr
 - c) Eigenbetrieb Bäder, Versorgung und Verkehr Lahr

Sodann lässt der **Vorsitzende** über die drei Wirtschaftspläne für 2024 der Eigenbetriebe Abwasserbereitung Lahr, Bau- und Gartenbetrieb Lahr und Bäder, Versorgung und Verkehr Lahr zusammen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Es wird festgestellt, dass die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses während der gesamten Dauer der heutigen Sitzung gewährleistet war.

Lahr/Schwarzwald, 04.12.2023

Vorsitzender

Protokollführung

Stadtrat/-rätin

Stadtrat/-rätin